

„Der Courier“
Ein Organ deutschsprachiger Kanadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Verlegt von der
WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED
3. B. Schumann,
Geschäftsführer,
200 St. James Street,
Toronto, Ont., Kanada.

Wahlgedanken
Politische Wahlen erfüllen in einem demokratisch regierten Lande nur dann ihren Zweck, wenn sie nicht nur die Parteipolitik aufheben, sondern auch möglichst weite Kreise der wahlberechtigten Bürger Anlaß zu einer ersten politischen Orientierung geben.

Die Bestimmungen des Wahlgesetzes werden, nachdem einmal Deutschland dem Vorkriegsstand beizutreten, und für sich einen Truppenkontingent eines Mitglieds der Liga zur Verfügung stellen, ein solches Mitglied, wenn dieses angegriffen werden sollte, gestattet, Frankreich verlangt aber noch die besondere ausdrückliche Zustimmung Deutschlands zu einer solchen Maßnahme.

Die kanadischen Wählergruppen ringen drei große Gruppen um die politische Macht. Wollte man nur ihre Versprechungen und Forderungen berücksichtigen, so müßte man zu der Überzeugung kommen, daß sie Kanada in eine Art Paradies verwandeln wollen. Siehen wir aber tiefer, finden wir aus der Vergangenheit Schätze für die Zukunft zu ziehen, so müßte es uns nicht allzudauer fallen, einen klaren Standpunkt einzunehmen.

Die konservativen unter Herrn Weidens Leitung haben an ihren Reden das ganze Kriegspolitische hingehängt. Sie hören das nicht gerne mehr, weil sie dabei immer ein eigenartiges Spiel treiben. Denn die Opfer an Blut und Gut, welche das Vereinigte Kanada in einem Weltkriege mit uns der schönen Augen John Bull wegen zu leisten hatte, unterliegt, und noch nicht verdichtet. Noch dreht und schmerzt die Wunde, die man dem Weltkriegeform Kanada in den Jahren 1914 bis 1918 geschlagen hat. Noch haben wir alle unter der gewaltigen Schuldlast, die uns das Vorkriegsregiment beizutragen hat. Jeder Steuerzahler muß dafür büßen, daß Kanada unter Vordens Regime keine traditionelle Neutralitätspolitik aufgab und sich zum Feind der Welt als „Motherland“ hergab.

Die Progressiven sind dagegen schon eher ein Faktor, mit dem man im Westen bei der Dominionpolitik lieber rechnen müßte. Wie es in Zukunft werden wird, läßt sich nicht zu prognostizieren. Nach Lage der Dinge besteht keine Aussicht, daß sie im kommenden Parlament die Mehrheit erringen und dadurch einen entscheidenden Einfluß auf die Geschicke Kanadas ausüben werden. In parlamentarisch regierten Ländern, zu denen auch Kanada zu rechnen ist, wird der politische Sturz nur von der härtesten Partei und von der aus ihr hervorgehenden Regierung bestimmt. Die Progressiven, deren Programm eine starke Veranlichung mit der liberalen Plattform hat, sind auch in canadischen Interessen in Ottawa bei der Vertretung westlicher Interessen stets auf die Wertschätzung der liberalen Parteien, welche aber nach der ausdrücklichen Erklärung des Premier-Minister in Ottawa nur dann dem Westen zu einer angemessenen Berücksichtigung seiner Forderungen verhelfen können, wenn der Westen eine genügend starke liberale Abordnung wählt.

Wenigstens die Liberalen, übrig. Wieviel wissen eigentlich, was „liberal“ bedeutet? Wieviel wissen, daß dieses Wort von dem lateinischen Wort „liber“ abgeleitet ist? Wenn das Wort „liberal“ also überhaupt einen Sinn haben soll, so muß das Prinzip der Freiheit der Rechte der bürgerlichen Partei sein. In einem früheren Artikel haben wir bereits auf die hohe Bedeutung der nationalen Freiheit für das Ausblühen eines starken und geeinigten Kanadas, unabhängig von äußeren politischen und finanziellen Gewalten, hingewiesen. Die logische Folge davon ist, daß alle gebildeten Kräfte dieses Landes darauf bedacht sein müssen, eine großzügige Wirtschaft und Finanzentwicklung in die Wege zu leiten, damit Kanada mehr und mehr die letzte amerikanische und britische Bevormundung abschütteln und allmählich auf eigenen Füßen stehen kann. Eine wirklich nationale canadische Politik ist ohne nationale Freiheit einfach unvorstellbar.

Das Prinzip der Freiheit, nebst mit Gerechtigkeit, muß bei einem wahrhaft liberalen System auch in der Innenpolitik eines Landes zur Auswirkung kommen. Damit sei nicht der

schrankenlosen Freiheit des Wortes geredet, die in keiner menschlichen Gemeinschaft, weder in der Familie, noch in Dorf und Stadt, noch in einem großen Lande bestehen kann, wenn nicht der Stärkere den Schwächeren vergewaltigen und der Mann aller gegen alle das Endziel sein soll. Zu dieser hochmenschlichen Freiheit können sich gute Bürger nicht verstehen. Darum muß in einem demokratischen Staatwesen mit der Freiheit die Verantwortlichkeit verbunden werden. Es wurde erklärt, daß solche Freiheit Stellung hat, wird auch den Widerarbeiten gleiches Recht mit der Mehrheit zu

Dr. Stresemann, der plötzlich erkrankt war, konnte weder in der Sicherheitskonferenz erscheinen. Seine Erkrankung sollte zu allererst den deutschen Außenminister behandeln, als völlig arbeitslos bezeichnet wurden. Es wurde erklärt, daß Stresemanns Gesundheit infolge Überarbeitung seit der Weimarer Konferenz angegriffen sei und daß der Klimawechsel eine leichte Besserung zur Folge hätte. Der französische und der belgische Außenminister waren die ersten Personen, die sich nach Bekanntwerden der Unmöglichkeit von Stresemann an dessen Krankenlager einfanden, um sich nach seinem Befinden zu erkundigen.

Einige der wichtigsten Punkte des geplanten Garantiepaktes wurden kurzgefaßt, darunter der französische Anspruch, Truppen durch dieses Territorium nach Polen zu schicken, falls dieses angegriffen würde. Die Bestimmungen des Wahlgesetzes werden, nachdem einmal Deutschland dem Vorkriegsstand beizutreten, und für sich einen Truppenkontingent eines Mitglieds der Liga zur Verfügung stellen, ein solches Mitglied, wenn dieses angegriffen werden sollte, gestattet, Frankreich verlangt aber noch die besondere ausdrückliche Zustimmung Deutschlands zu einer solchen Maßnahme.

Weltanschauung

Deutschland. Der Somzet-Außenminister Tschirch wurde von Reichspräsident von Hindenburg empfangen. Es ist dieses der erste Besuch, den ein Somzet-Minister im Präsidenten-Palast in der Wilhelmstraße abgeleistet hat.

Die Ansichten Tschirchs sind in einem Interview mit dem Korrespondenten des „Berliner Tageblatt“ wiedergegeben. Dieser Zeitung zufolge behauptet Tschirch, Großbritanniens, es zielt mehr auf die politische und wirtschaftliche Entfaltung Polens als auf ein militärisches Vorgehen gegen dieses ab. Der russische Außenminister stellt einen Vergleich zwischen dem Vorgehen der britischen Banken, welche Auslandskredit zum Ankauf von Rohmaterialien, Textilwaren und Maschinen bereitstellen, und dem der amerikanischen Banken (in Amerika) große Aufträge zu geben. England gehe Politik in Sachen des Sicherheitspaktes (siehe Teil einer Anti-Somzet-Zeitung) zu sein. Der russische Staatsmann äußert, daß es Großbritannien gelingen wird, Deutschland keine Anti-Somzet-Politik auszuüben, da es seiner Ansicht nach zu sehr zweifelhaft sei, daß Deutschland, nachdem der Pakt einmal abgeschlossen, umstände sein wird, dem britischen Jang Widertand zu leisten. England zielt auf eine Post-Politik darauf hin, die die Stellung eines Schiedsrichters über den Kontinent zu verhalten.

Das deutsche Stabesamt hielt im Prinzip die Unterzeichnung eines russisch-deutschen Handelsvertrages gut. Eine Kommission soll nach Moskau geschickt werden, um den vollen Text zu untersuchen und alle ungewissen Punkte, die bei den Berliner Verhandlungen, die zwischen dem deutschen und dem Somzet-Außenminister Dr. Stresemann und Tschirch nicht geschlichtet wurden, aufzuklären.

Leutnant von Zenden wurde in Spandau verhaftet, als er eine Hochzeitsfeier organisieren wollte und verschiedene Mitglieder der schwarzen Reichswehr eines Geheimbundes, sind in Gewahrsam. Nach Behauptung der Polizei sind dadurch die Hauptrollen an politischen Morden in den zwei letzten Jahren gefüllt. Die Opfer sollen frühere Mitglieder der „Schwarzen Reichswehr“ gewesen sein, die im Verdacht standen, Entstellungen über die Verhaftung zu machen. Freiberger von Zenden wird beschuldigt, der Führer einer Kompanie der „Schwarzen Reichswehr“ zu sein.

Die Hauptfarbenfabriken in Deutschland werden sich, wie autoritativ angehördet wird, binnen kurzem verhandeln. Die Badische Anilin- und Sodafabrik, die Friedrich Bayer & Co. von Leverkusen, die Alkylchemiegesellschaft für Antikalkulation von Berlin und sechs andere Fabriken sind in der Trakt einbezogen. Diese Firmen werden zunächst mit der Badischen Anilinfabrik verhandeln, worauf diese nach Vergrößerung ihres Kapitals durch Abfertigung des Kapitals der anderen Gesellschaften den Namen Interessengemeinschaft der Farbenindustrie-Alkylchemiegesellschaft führen wird mit dem Hauptsitz in Frankfurt a. M.

Die Generalversammlung der drei großen deutschen Petroleumfirmen, der Deutschen Erdöl-Gesellschaft m. b. H., der Deutschen Petroleum-Gesellschaft m. b. H. und der Reichsaerz Werke m. b. H., hat die Empfehlung der Direktoren der einzelnen Gesellschaften, der Gründung eines deutschen Oeltrusts, der den Namen Deutsche Petroleum-Alkylchemiegesellschaft führen wird, abgelehnt. Das Aktienkapital beträgt 35 Millionen Mark. Der neue Trust wird 55 Werke kontrollieren.

und diene diesem Lande dreizehn Monate lang in Frankreich! — Wie ein begoffener Bubel ließ sich Wilson zu der Erklärung herbei, daß seine Bemerkung sich nur auf den Krieg bezogen habe. — Es gibt keinen höheren Typ amerikanischen Bürgers als die Deutschen! — Sammelte der würdige Träger seines vorbildlichen Namens, nach dieser laubhaften Einschuldigung zog sich der traurige Schuhnägelsticker auf seinen Platz zurück.

Es ist höchst lobenswert und anerkennend, daß die drei modernen Gesetzgeber den moralischen Ruf behalten, einen solchen ausgeprochenen Nationalisten einmal gebührend abzuführen. Würden alle Gesetzgebungs-

Angewendet auf unsere Verhältnisse bedeutet das: Freie Einwanderung für alle gefunden und fähigen Personen ohne Unterschied der Rasse, Nationalität und Herkunft, die einen guten Willen in dieses Land mitbringen; freie Sprache für alle Bewohner des canadischen Landes; volle öffentliche Leben. Das ist liberale Grundzüge, wie sie ein Kanadier mit Rassestolz und Unerschrockenheit verstanden hat. Grundzüge, die auch in der heutigen Zeit aus der ungeliebten Atmosphäre des verfallenen Krieges Kanada zu einem neuen Aufstieg emporzuführen werden.

Von der Sicherheitskonferenz in Locarno

sondern bloß beprochen, ob eine derartige Garantie dem Sicherheitspakt einseitig oder einem Punkt der zwischen Deutschland einerseits und Polen und der Tschechoslowakei andererseits in Aussicht genommenen Schiedsgerichtsverträge bilden soll. Beim Verlassen des Sitzungssaals sagte Dr. Stresemann zu Berichterstattern: „Bis jetzt ist in derselben Saal wie Schulungen, die zum wichtigsten Teil ihres Studiums fähigen.“

Die Italiener fangen an, die Konferenz zu beeinflussen. Sie zeigen meine Interesse für eine deutsche Garantie der Brennerregion und fagen, daß sie eine solche Erklärung nur dann von Deutschland verlangen würden, wenn Österreich sich später an Deutschland anschließen sollte. Sie sind aber bereit, mit England eine Garantie für die Brennerregion zu übernehmen. England äußerte sich, daß Deutschland den Wunsch Frankreichs zu dessen früheren Verbündeten zu haben, nicht zu sehr kritisieren sollte, da Frankreich nach dem Beschluß des Blomfield-Projektes zum Schutze Frankreichs, gezwungen war, Sicherheitsbündnisse mit Polen und der Tschechoslowakei abzuschließen.

Deutschland

Der Somzet-Außenminister Tschirch wurde von Reichspräsident von Hindenburg empfangen. Es ist dieses der erste Besuch, den ein Somzet-Minister im Präsidenten-Palast in der Wilhelmstraße abgeleistet hat.

Die Ansichten Tschirchs sind in einem Interview mit dem Korrespondenten des „Berliner Tageblatt“ wiedergegeben. Dieser Zeitung zufolge behauptet Tschirch, Großbritanniens, es zielt mehr auf die politische und wirtschaftliche Entfaltung Polens als auf ein militärisches Vorgehen gegen dieses ab. Der russische Außenminister stellt einen Vergleich zwischen dem Vorgehen der britischen Banken, welche Auslandskredit zum Ankauf von Rohmaterialien, Textilwaren und Maschinen bereitstellen, und dem der amerikanischen Banken (in Amerika) große Aufträge zu geben. England gehe Politik in Sachen des Sicherheitspaktes (siehe Teil einer Anti-Somzet-Zeitung) zu sein. Der russische Staatsmann äußert, daß es Großbritannien gelingen wird, Deutschland keine Anti-Somzet-Politik auszuüben, da es seiner Ansicht nach zu sehr zweifelhaft sei, daß Deutschland, nachdem der Pakt einmal abgeschlossen, umstände sein wird, dem britischen Jang Widertand zu leisten. England zielt auf eine Post-Politik darauf hin, die die Stellung eines Schiedsrichters über den Kontinent zu verhalten.

Das deutsche Stabesamt hielt im Prinzip die Unterzeichnung eines russisch-deutschen Handelsvertrages gut. Eine Kommission soll nach Moskau geschickt werden, um den vollen Text zu untersuchen und alle ungewissen Punkte, die bei den Berliner Verhandlungen, die zwischen dem deutschen und dem Somzet-Außenminister Dr. Stresemann und Tschirch nicht geschlichtet wurden, aufzuklären.

Leutnant von Zenden wurde in Spandau verhaftet, als er eine Hochzeitsfeier organisieren wollte und verschiedene Mitglieder der schwarzen Reichswehr eines Geheimbundes, sind in Gewahrsam. Nach Behauptung der Polizei sind dadurch die Hauptrollen an politischen Morden in den zwei letzten Jahren gefüllt. Die Opfer sollen frühere Mitglieder der „Schwarzen Reichswehr“ gewesen sein, die im Verdacht standen, Entstellungen über die Verhaftung zu machen. Freiberger von Zenden wird beschuldigt, der Führer einer Kompanie der „Schwarzen Reichswehr“ zu sein.

Die Hauptfarbenfabriken in Deutschland werden sich, wie autoritativ angehördet wird, binnen kurzem verhandeln. Die Badische Anilin- und Sodafabrik, die Friedrich Bayer & Co. von Leverkusen, die Alkylchemiegesellschaft für Antikalkulation von Berlin und sechs andere Fabriken sind in der Trakt einbezogen. Diese Firmen werden zunächst mit der Badischen Anilinfabrik verhandeln, worauf diese nach Vergrößerung ihres Kapitals durch Abfertigung des Kapitals der anderen Gesellschaften den Namen Interessengemeinschaft der Farbenindustrie-Alkylchemiegesellschaft führen wird mit dem Hauptsitz in Frankfurt a. M.

Die Generalversammlung der drei großen deutschen Petroleumfirmen, der Deutschen Erdöl-Gesellschaft m. b. H., der Deutschen Petroleum-Gesellschaft m. b. H. und der Reichsaerz Werke m. b. H., hat die Empfehlung der Direktoren der einzelnen Gesellschaften, der Gründung eines deutschen Oeltrusts, der den Namen Deutsche Petroleum-Alkylchemiegesellschaft führen wird, abgelehnt. Das Aktienkapital beträgt 35 Millionen Mark. Der neue Trust wird 55 Werke kontrollieren.

und diene diesem Lande dreizehn Monate lang in Frankreich! — Wie ein begoffener Bubel ließ sich Wilson zu der Erklärung herbei, daß seine Bemerkung sich nur auf den Krieg bezogen habe. — Es gibt keinen höheren Typ amerikanischen Bürgers als die Deutschen! — Sammelte der würdige Träger seines vorbildlichen Namens, nach dieser laubhaften Einschuldigung zog sich der traurige Schuhnägelsticker auf seinen Platz zurück.

Es ist höchst lobenswert und anerkennend, daß die drei modernen Gesetzgeber den moralischen Ruf behalten, einen solchen ausgeprochenen Nationalisten einmal gebührend abzuführen. Würden alle Gesetzgebungs-

Minister des Innern und der Polizeipräsidenten iraden bei Bremer Verbrechen vor und machten ihn mit dem Gehalt der geführten Untersuchung wie mit den ergriffenen Präventivmaßnahmen bekannt. Nach der Konferenz gab der Minister des Innern bekannt, es handle sich hier durchaus nicht um eine barmherzige Beweismittel, die durch die Durchführung von Verbrechen zu vermeiden seien, wenn sie erfolgreich gewesen wäre, die ganze öffentliche Ordnung über den Daulen werfen können.

Ein Stad von Ueberlegern beschäftigt sich seit Wochen mit der Ueberlegung der vollständigen Werke Goethes in die tschechische Sprache. Die Ueberlegungsarbeiten werden von Prof. Ottokar Ritzsch geleitet. Dies wird die erste Ueberlegung der vollständigen Werke Goethes in eine andere Sprache sein.

Finanzminister Zolotareff gibt bekannt, daß ein Sondat deutscher Banken der Somzet-Staatsbank einen Kredit von 16 Millionen Dollar eröffnet hat. Er bemerkt hierzu: Dieser fürstige Kredit hat abgesehen von seinem praktischen Wert für die Räteregierung, eine große politische Bedeutung, insofern, als dadurch in die von ausländischen Regierungen befolgte Politik eine Finanzblockade aufgehoben wird. Unter Ausnutzung anderer Sonderekredite in Deutschland wird die Räteregierung imstande, dort für die Ueberberichtigung der russischen Industrie und Landwirtschaft Ueberlegungen von mehr als 25 Millionen Dollar zu machen.

Zolotareff erklärt, daß die Staatsbank begüht die Genabrung von Krediten an die Staatsbank mit mehreren ausländischen Banken in Unterhandlung steht und daß die Vereinbarung mit den deutschen Banken der erste Erfolg der besaglichen Verhandlungen der Somzet-Finanzminister bei. Der Präsident der Staatsbank Zamonow betonte, daß die Transaktion auch für Deutschland eine große Bedeutung habe. In Russland ist bereit erklärte, den Kredit zu zahlen, nachdem die Reparationszahlungen aus dem Tames Plan erledigt werden sind.

Zwischen dem russischen Elektro Trust und der deutschen allgemeinen Elektrischen Gesellschaft in Berlin wurde ein Kontrakt auf fünf Jahre abgeschlossen. Die „General Electric Company“ von New York wird sich der Vereinigung ebenfalls anschließen. Durch den Kontrakt wird angetrebt, die tschechischen Erfahrungen und Erfindungen der deutschen Firma auch der russischen Gesellschaft zugänglich zu machen.

Der Handel Russlands mit den Vereinigten Staaten war in den letzten sechs Monaten um etwa 10 Millionen Dollar größer als in den zwölf Monaten des vorigen Jahres, erklärt ein in Moskau veröffentlichter Bericht. Die Handelsbeziehungen hatten im letzten halben Jahr einen Wertanstieg von 888 779 796 zu verzeichnen. Russland führte hauptsächlich Baumwolle aus den Vereinigten Staaten ein. Nach Abschaffung der Prohibition in Russland wird vollständig „noch“ Roy-lett an dürfen in den Russischen Häfen und Wirtschaften wieder 60 Prozentiger Alkohol Konsum und 40 Prozentiger Alkohol ausgeführt werden. Die Räteregierung hatte bisher für die Herstellung und den Verkauf von Spirituosen ein Monopol, aber unter der neuen Ordnung ist die private Erzeugung und der Verkauf gestattet.

Die rumänische Mission zur Rundprüfung der Schulden, die Rumänien bei den vier Staaten hat wird auf der Führung von Nicolas Titulescu dem rumänischen Gesandten in London, am 10. Oktober nach Böhmen abreisen. Ein interessanter Punkt in dieser Angelegenheit ist der, daß Rumänien, das Frankreich 1 000 000 000 Francs schuldig ist, von der französischen Regierung aufgefordert worden ist, die Schuld zur selben Zeit zu begleichen, wie die amerikanischen, und unter denselben Bedingungen, die Rumänien von Amerika erhalten wird. Die französische Regierung verlangt die Milliarde in Goldfrancs, was etwa 200 000 000 sein würde, während Rumänien in Papier befreit würde, was die Schulden auf 146 000 000 herabsetzen würde. In einem ähnlichen Falle wurde vor mehreren Jahren entschieden, daß Deutschland das Belgien bei Frankreich stehende Kriegsgeld übernommen hätte, Frankreich in Goldfrancs bezahlen müßte. Daraufhin hat sich Frankreich mit Rumänien einverstanden erklärt, daß Deutschland 545 000 000.

Zwischen dem Generalverband der Industriellen und dem Bund der Faschisten Arbeiterunion ist ein Einvernehmen zustande gekommen, wonach in allen Betrieben, welche sich auf Lohn, Arbeitsbedingungen und Arbeiterentlohnung beziehen, die eine Partei die andere als einzig zulässig anerkennt. Anlaß zu der Grundfrage eines Klassenkampfes, wie das alle sozialistische Anstalten die Beziehungen der Arbeiter mit Arbeitgeber aufheben, soll das Faschisten-Arbeiterlohn zur Geltung gebracht werden, welches ein Zusammenwirken von Arbeit und Kapital anstrebt. Hierbei gehen die Faschisten von dem Grundsatz aus, daß der Staat ein unbestreitbares Recht der Vermittlung über Kapital und Arbeit besitzt und dafür zu sorgen hat, daß beide zu ihrem Recht kommen. Dem neuen Abkommen gemäß können Arbeiter bei etwaigen Vorfällen über bei Regelung der Arbeitsverhältnisse nur Vertretung durch

Die Sprache der Kleinen Entente. Nicht jeder, der deutsch spricht, ist ein Deutscher. Aber was soll P. in die Hände machen, der irrend in Rumänien eine Fahrkarte kaufen will? Unschicklich verhält natürlich, der rumänische Stationsbeamte, nicht lo muß der Deutsche den Beamten seinen Wunsch in der deutschen Sprache vortragen und wird vom Stationsbeamten aufgeführt, daß das Rumänien als der Staatspräsident Rumänien zu bedienen. Doch der vermeintliche „Deutsche“ gebührt nicht demütig, wie es dem Angehörigen eines besiegten Volkes ziemt; er schlägt dem und verlangt Genugthuung. Und nun versteht der rumänische Eisenbahnbeamte plötzlich ausgesprochen deutsch, als sich der vermeintliche Deutsche als Mitglied der tschechischen Gesandtschaft in Buda-pest, also als Bundesgenosse und Vertreter der Kleinen Entente legitimiert. Der tschechische und Rumänische machten Frieden auf — deutsch, und die Sprachfrage ist zur Zufriedenheit beige gelöst!

Solange noch stehen die Augen offen, laßt uns frisch schlafen und fröhlich hoffen. Und täuscht uns auch die Hoffnung, Der Mensch ist glücklich, solange er hofft.

Dem Zusammenbruch nahe. Mein Mann war nicht gerade krank,“ schreibt Frau Theo. Warlock von Superior, Wis., aber er fühlte sich fortschreitend müde, war nervös und schlief nicht, und dem Zusammenbruch nahe. Eine Flasche Formis Alkalifreier hat einen ganz anderen Mann aus ihm gemacht. Dies berühmte Antirheumatisches ist ein konstitutionelles Heilmittel; es reinigt das System, reguliert die Organe, heilt das Blut und baut den Körper auf. Es wird nicht durch Apotheker verkauft, sondern von besonderen Agenten geliefert. Man wende sich an Dr. J. P. Fahrner & Sons Co., Chicago, Ill. Kostfrei geliefert in Kanada.

Frankreich. Trotz des Unrechts, das noch zum Himmel schreit, ist eine solche Ausübung möglich,“ sagte er, „wenn sich die beiden Völker — ich meine die Rasse des Volkes, die sich um imperialistischen Ehrgeiz und Neugier nicht kümmern — von ihrem jähren Misstrauen frei machen und gegenseitig an ihre Aufrichtigkeit glauben könnten. In diesem Geiste tritt als Wortführer der französischen Regierung unter Auslandsminister Aristide Briand in Vercano an den fünften Bericht heran, der seit dem Westfront-Vertrag unternommen wurde, um wirklichen Frieden zu idealisieren.“

Großbritannien. Am Rande der Erörterungen in der parlamentarischen Konferenz der britischen Arbeiterpartei war klar ersichtlich, daß die Führer die Hoffnung haben, daß es ihnen gelingen werde, die Baldwin-Regierung bald zu stürzen zu bringen. Von dem früheren Arbeiter-Premier Ramsay MacDonald und anderen Führern kamen Andeutungen, daß die Arbeiterpartei eine Gelegenheit, wieder aus der Minorität zu kommen, nicht ergriffen würde, wenn sie eine Majorität Regierung einrichten konnte. J. D. Thomas, ein Minister im Arbeiter-Kabinet, sprach die Ueberzeugung aus, daß die Baldwin-Regierung über ihre eigene industrielle Politik hinweggehen würde.

Die rote Gruppe der Arbeiter Partei erlitt eine Niederlage. Eine von ihr eingereichte Resolution, die den Weg zu einem Angriff auf den Arbeiterführer Ramsay MacDonald wegen seines Verhaltens in Bezug auf das notorische Jimonies-Schreiben während seiner Amtszeit als Premier offen sollte, wurde mit überwältigender Mehrheit durch Abstimmung mit Sondereben zurückgewiesen. Ein Teil der unabhängigen Resolution verlangte, daß die Exekutive des Arbeiterpartei durch Ramsay MacDonald eine Entschuldigung an die Somzetregierung und Jimonies senden solle, zumal die Exekutive nicht umstände gewesen sei, die Echtheit des Schreibens in welchem ein Ultimatum der britischen Regierung beantwortet wurde, nachzuweisen. Auch forderte die Resolution die Arbeiterpartei dringend auf, aus dem Parlament auszusteigen und den Rücktritt des Baldwin-Kabinetts zu erzwängen. Die nächste Arbeiter-Regierung, heißt es weiter in der Resolution, müßte erprobte Vertreter der Arbeiterpartei ernennen, um alle Regierungsabteilungen zu übernehmen.

Die rumänische Mission zur Rundprüfung der Schulden, die Rumänien bei den vier Staaten hat wird auf der Führung von Nicolas Titulescu dem rumänischen Gesandten in London, am 10. Oktober nach Böhmen abreisen. Ein interessanter Punkt in dieser Angelegenheit ist der, daß Rumänien, das Frankreich 1 000 000 000 Francs schuldig ist, von der französischen Regierung aufgefordert worden ist, die Schuld zur selben Zeit zu begleichen, wie die amerikanischen, und unter denselben Bedingungen, die Rumänien von Amerika erhalten wird. Die französische Regierung verlangt die Milliarde in Goldfrancs, was etwa 200 000 000 sein würde, während Rumänien in Papier befreit würde, was die Schulden auf 146 000 000 herabsetzen würde. In einem ähnlichen Falle wurde vor mehreren Jahren entschieden, daß Deutschland das Belgien bei Frankreich stehende Kriegsgeld übernommen hätte, Frankreich in Goldfrancs bezahlen müßte. Daraufhin hat sich Frankreich mit Rumänien einverstanden erklärt, daß Deutschland 545 000 000.

Zwischen dem Generalverband der Industriellen und dem Bund der Faschisten Arbeiterunion ist ein Einvernehmen zustande gekommen, wonach in allen Betrieben, welche sich auf Lohn, Arbeitsbedingungen und Arbeiterentlohnung beziehen, die eine Partei die andere als einzig zulässig anerkennt. Anlaß zu der Grundfrage eines Klassenkampfes, wie das alle sozialistische Anstalten die Beziehungen der Arbeiter mit Arbeitgeber aufheben, soll das Faschisten-Arbeiterlohn zur Geltung gebracht werden, welches ein Zusammenwirken von Arbeit und Kapital anstrebt. Hierbei gehen die Faschisten von dem Grundsatz aus, daß der Staat ein unbestreitbares Recht der Vermittlung über Kapital und Arbeit besitzt und dafür zu sorgen hat, daß beide zu ihrem Recht kommen. Dem neuen Abkommen gemäß können Arbeiter bei etwaigen Vorfällen über bei Regelung der Arbeitsverhältnisse nur Vertretung durch

Die rumänische Mission zur Rundprüfung der Schulden, die Rumänien bei den vier Staaten hat wird auf der Führung von Nicolas Titulescu dem rumänischen Gesandten in London, am 10. Oktober nach Böhmen abreisen. Ein interessanter Punkt in dieser Angelegenheit ist der, daß Rumänien, das Frankreich 1 000 000 000 Francs schuldig ist, von der französischen Regierung aufgefordert worden ist, die Schuld zur selben Zeit zu begleichen, wie die amerikanischen, und unter denselben Bedingungen, die Rumänien von Amerika erhalten wird. Die französische Regierung verlangt die Milliarde in Goldfrancs, was etwa 200 000 000 sein würde, während Rumänien in Papier befreit würde, was die Schulden auf 146 000 000 herabsetzen würde. In einem ähnlichen Falle wurde vor mehreren Jahren entschieden, daß Deutschland das Belgien bei Frankreich stehende Kriegsgeld übernommen hätte, Frankreich in Goldfrancs bezahlen müßte. Daraufhin hat sich Frankreich mit Rumänien einverstanden erklärt, daß Deutschland 545 000 000.

Zwischen dem Generalverband der Industriellen und dem Bund der Faschisten Arbeiterunion ist ein Einvernehmen zustande gekommen, wonach in allen Betrieben, welche sich auf Lohn, Arbeitsbedingungen und Arbeiterentlohnung beziehen, die eine Partei die andere als einzig zulässig anerkennt. Anlaß zu der Grundfrage eines Klassenkampfes, wie das alle sozialistische Anstalten die Beziehungen der Arbeiter mit Arbeitgeber aufheben, soll das Faschisten-Arbeiterlohn zur Geltung gebracht werden, welches ein Zusammenwirken von Arbeit und Kapital anstrebt. Hierbei gehen die Faschisten von dem Grundsatz aus, daß der Staat ein unbestreitbares Recht der Vermittlung über Kapital und Arbeit besitzt und dafür zu sorgen hat, daß beide zu ihrem Recht kommen. Dem neuen Abkommen gemäß können Arbeiter bei etwaigen Vorfällen über bei Regelung der Arbeitsverhältnisse nur Vertretung durch

Die rumänische Mission zur Rundprüfung der Schulden, die Rumänien bei den vier Staaten hat wird auf der Führung von Nicolas Titulescu dem rumänischen Gesandten in London, am 10. Oktober nach Böhmen abreisen. Ein interessanter Punkt in dieser Angelegenheit ist der, daß Rumänien, das Frankreich 1 000 000 000 Francs schuldig ist, von der französischen Regierung aufgefordert worden ist, die Schuld zur selben Zeit zu begleichen, wie die amerikanischen, und unter denselben Bedingungen, die Rumänien von Amerika erhalten wird. Die französische Regierung verlangt die Milliarde in Goldfrancs, was etwa 200 000 000 sein würde, während Rumänien in Papier befreit würde, was die Schulden auf 146 000 000 herabsetzen würde. In einem ähnlichen Falle wurde vor mehreren Jahren entschieden, daß Deutschland das Belgien bei Frankreich stehende Kriegsgeld übernommen hätte, Frankreich in Goldfrancs bezahlen müßte. Daraufhin hat sich Frankreich mit Rumänien einverstanden erklärt, daß Deutschland 545 000 000.

Zwischen dem Generalverband der Industriellen und dem Bund der Faschisten Arbeiterunion ist ein Einvernehmen zustande gekommen, wonach in allen Betrieben, welche sich auf Lohn, Arbeitsbedingungen und Arbeiterentlohnung beziehen, die eine Partei die andere als einzig zulässig anerkennt. Anlaß zu der Grundfrage eines Klassenkampfes, wie das alle sozialistische Anstalten die Beziehungen der Arbeiter mit Arbeitgeber aufheben, soll das Faschisten-Arbeiterlohn zur Geltung gebracht werden, welches ein Zusammenwirken von Arbeit und Kapital anstrebt. Hierbei gehen die Faschisten von dem Grundsatz aus, daß der Staat ein unbestreitbares Recht der Vermittlung über Kapital und Arbeit besitzt und dafür zu sorgen hat, daß beide zu ihrem Recht kommen. Dem neuen Abkommen gemäß können Arbeiter bei etwaigen Vorfällen über bei Regelung der Arbeitsverhältnisse nur Vertretung durch

Die rumänische Mission zur Rundprüfung der Schulden, die Rumänien bei den vier Staaten hat wird auf der Führung von Nicolas Titulescu dem rumänischen Gesandten in London, am 10. Oktober nach Böhmen abreisen. Ein interessanter Punkt in dieser Angelegenheit ist der, daß Rumänien, das Frankreich 1 000 000 000 Francs schuldig ist, von der französischen Regierung aufgefordert worden ist, die Schuld zur selben Zeit zu begleichen, wie die amerikanischen, und unter denselben Bedingungen, die Rumänien von Amerika erhalten wird. Die französische Regierung verlangt die Milliarde in Goldfrancs, was etwa 200 000 000 sein würde, während Rumänien in Papier befreit würde, was die Schulden auf 146 000 000 herabsetzen würde. In einem ähnlichen Falle wurde vor mehreren Jahren entschieden, daß Deutschland das Belgien bei Frankreich stehende Kriegsgeld übernommen hätte, Frankreich in Goldfrancs bezahlen müßte. Daraufhin hat sich Frankreich mit Rumänien einverstanden erklärt, daß Deutschland 545 000 000.

Zwischen dem Generalverband der Industriellen und dem Bund der Faschisten Arbeiterunion ist ein Einvernehmen zustande gekommen, wonach in allen Betrieben, welche sich auf Lohn, Arbeitsbedingungen und Arbeiterentlohnung beziehen, die eine Partei die andere als einzig zulässig anerkennt. Anlaß zu der Grundfrage eines Klassenkampfes, wie das alle sozialistische Anstalten die Beziehungen der Arbeiter mit Arbeitgeber aufheben, soll das Faschisten-Arbeiterlohn zur Geltung gebracht werden, welches ein Zusammenwirken von Arbeit und Kapital anstrebt. Hierbei gehen die Faschisten von dem Grundsatz aus, daß der Staat ein unbestreitbares Recht der Vermittlung über Kapital und Arbeit besitzt und dafür zu sorgen hat, daß beide zu ihrem Recht kommen. Dem neuen Abkommen gemäß können Arbeiter bei etwaigen Vorfällen über bei Regelung der Arbeitsverhältnisse nur Vertretung durch